

II-3524 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG
Zl. 10.290/28-GrA/78

XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 7. April 1978
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

1639/AB

1978 -04- 11

zu 1650/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend falsche Feststellungen im Bericht über die Tätigkeit der Bundesregierung im Kampf gegen die Armut, Nr. 1650/J.

Die Anfrage spricht von einem Bericht über die Tätigkeit der Bundesregierung im Kampf gegen die Armut. Hiezu darf ich zunächst feststellen, daß es sich nicht um einen offiziellen von der Regierung beschlossenen Bericht handelt, sondern um eine Unterlage für die Enquete "Kampf gegen die Armut", in der auf Grund von Berichten der einzelnen Ressorts eine zusammenfassende Darstellung über die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Armut gegeben wurde. Die redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Ich sehe mich im Hinblick auf meine Zuständigkeit auf Grund des Bundesministeriengesetzes 1973, BGBl. Nr. 389, zu den Tätigkeiten des Bundesministeriums für Verkehr nicht in der Lage, eine Beantwortung vorzunehmen. Unvorgreiflich einer etwaigen Befragung bzw. Beantwortung des Herrn Bundesministers für Verkehr habe ich folgende Information vom Bundesministerium für Verkehr erhalten:

Die Halbpreisermäßigung für Schwerkriegsbeschädigte wurde bereits im Jahre 1951 eingeführt.

Sie kann seither von allen Schwerkriegsbeschädigten auf Eisenbahnlinien in Anspruch genommen werden, im Kraftfahr-
linienverkehr der ÖBB wie auch im Postautodienst wurde sie bis Mai 1977 nur Kriegsblinden und Beziehern von Pflegezu-

- 2 -

lagen - das sind insgesamt etwa 2.800 Personen - gewährt. Seit Mai 1977 können alle Schwerkriegsbeschädigten mit einer Erwerbsminderung von mindestens 70 % (d.s. rund 21.000 Personen) eine Halbpfeiskarte für die Eisenbahnen, deren Kraftfahrhnen und den Postautodienst erhalten.

Der Bundesminister:

